

3. Juli 2009

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes** (Drucksachen 16/11885, 16/13658)

**Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Krings, zu Ihren Bemerkungen, was die Ungerechtigkeit des Wahlausgangs 2002 anbetrifft, will ich Ihnen eines sagen: Die Kolleginnen Petra Pau und Gesine Löttsch hatten so viele Stimmen, wie dies sehr viele in diesem Plenum nicht hatten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Insofern war es sehr gerecht, dass die beiden hier gesessen haben. Sie haben tapfer gekämpft.

Richtig ist: Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2008 entschieden. Darauf ist schon hingewiesen worden. Wir begehen heute den ersten Jahrestag. Richtig ist auch: Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber bis 2011 Zeit gelassen. Aber bei gutem politischen Willen wäre es möglich gewesen, zu einer Neuregelung noch in dieser Wahlperiode zu kommen. Diesen guten politischen Willen spreche ich einer Mehrheit in diesem Hohen Hause ab. Kollege Benneter, was Sie hier machen, ist scheinheilig.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Sie halten eine Rede für die Änderung des Wahlrechts. Sie halten de facto eine Rede für diesen Gesetzentwurf. Wir wissen aber ganz genau: Sie werden gegen diesen Gesetzentwurf stimmen. – Das ist scheinheilig hoch drei. Sie wollten die Änderung nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie des Abg. Jörg Tauss [fraktionslos] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Klaus Uwe Benneter [SPD]: Der Gesetzentwurf ist gut! Da ist nichts gegen zu sagen!)

Das Bundesverfassungsgericht hat sehr deutlich gemacht, dass das negative Stimmgewicht, das dort entsteht, den Wählerwillen tatsächlich deutlich verfälschen kann. Ich finde, das ist ein eindeutiges Warnsignal an die Politik. Aber die Koalition hat keinen Bedarf für eine Änderung gesehen. Die internen Gespräche, die Sie angeblich geführt haben, helfen auch nicht darüber hinweg. Der Bedarf ist nicht erkannt worden. Hier ist nicht gehandelt worden.

Die Linke hat eine gesetzliche Neuregelung noch in dieser Wahlperiode gefordert. Die Grünen haben einen Entwurf eingebracht. Wir unterstützen ihn. Natürlich wissen auch wir, dass es noch offene Fragen gibt. Ein Problem ist die CSU, wenn es um Ausgleichsmandate geht; das ist angesprochen worden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CSU ist immer ein Problem!)

Die CSU ist so und so ein Problem; da haben Sie vollkommen recht.

(Dr. Wolfgang Götzer [CDU/CSU]: Die CSU ist nicht das Problem, sondern die Lösung!)

In dieser Frage ist sie es natürlich auch. Wir hatten die Zeit, darüber zu reden, und es gab auch Vorschläge, wie man das Problem im Hinblick auf die CSU lösen kann. Das wäre also durchaus möglich gewesen.

Wenige Wochen vor der Wahl ist die SPD aufgewacht oder – anders gesagt – aufgeschreckt. Professor Behnke von der Universität Friedrichshafen hat eine Modellrechnung aufgemacht. Er hat auf Grundlage der Umfragewerte einmal ausgerechnet, was an Direktmandaten und an Überhangmandaten entstehen würde. Das Ergebnis war zumindest für die SPD erschreckend oder – wie man heute erkennen kann – aufschreckend. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein schlechtes Wahlergebnis der SPD zustande kommt, was zu deutlich weniger Direktmandaten für die SPD, mehr Direktmandaten für die CDU und damit auch zu mehr Überhangmandaten für die CDU als bisher führt. Damit ist eine Mehrheit für Schwarz-Gelb allein durch Überhangmandate möglich. Die CDU lacht sich ins Fäustchen, und die FDP hält, wie wir heute mitbekommen haben, aus gutem Grunde still, denn sie will in die Regierung. Ob das nur mit Überhangmandaten geht oder anders, ist ihr egal.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Wolfgang Götzer [CDU/CSU]: Sind Sie Hellseherin?)

Ich nicht, aber es gibt Leute, die das sehr genau berechnet haben. – Jetzt gibt es eine öffentliche Debatte, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass es künftig so etwas wie ein taktisches Wahlverhalten gibt, worauf Schwarz und Gelb durchaus setzen könnten.

Die SPD hat heute viel Lärm um nichts gemacht. Sie lehnen den Gesetzentwurf ab, und es war ein unwürdiges Schauspiel, was Sie in den letzten Wochen aufgeführt haben. Erst wollten Sie das Wahlrecht ändern, dann haben Sie den Schwanz eingekniffen, und heute werden Sie dagegen stimmen. Das ist unwürdig und hat mit Demokratie überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])  
Wir hatten die Zeit, das Wahlrecht gemeinsam zu ändern,

aber das war nicht gewollt. Jetzt müssen Sie mit den Folgen leben.  
Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])